

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Israel fordert Sanktionen

Die israelische Regierung hat am Montag erneut zu Handelssanktionen gegen Libyen aufgerufen, das mit den Anschlägen auf den Flughafen von Rom und Wien am 27. Dezember in Verbindung gebracht wird. Ausserminister Jizchak Schamir appellierte insbesondere an die Europäer, kein libysches Öl mehr zu kaufen. Nach den Worten von Ministerpräsident Schimon Peres unterstützte Libyen in den letzten zehn Jahren palästinensische und andere Terroristen mit rund einer Milliarde Dollar.

Reagan-Presskonferenz

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan gibt nach Mitteilung des Weissen Hauses am Dienstagabend (Mittwoch 02.00 Uhr MEZ) eine Pressekonferenz. Sie soll von den grossen Rundfunk- und Fernsehstationen der USA live übertragen werden. Wie es in der Mitteilung heisst, will der Präsident eine halbe Stunde lang Fragen beantworten. Am 28. Januar wird der Präsident, wie sein Sprecher Larry Speakes am Montag mitteilte, die traditionelle Rede zur Lage der Nation halten. Sie beginnt nach mitteleuropäischer Zeit am 29. Januar 03.00 Uhr und wird ebenfalls von allen grossen Rundfunk- und Fernsehstationen der USA live übertragen.

Raumfährenstart abgeblasen

Die amerikanische Raumfähre «Columbia» ist auch am Montag vom Pech verfolgt worden: Die NASA teilte mit, das Raumschiff werde am Montag nicht starten. «Columbia» hatte um 13.05 Uhr MEZ abheben sollen. Etwa eine halbe Minute vor dem geplanten Starttermin stellte die Bodenkontrolle jedoch einen Schaden an einem Treibstoffventil fest. Neuer Starttermin ist heute Dienstag.

Sachlich, kompetent, mutig für die Zukunft

FBP-Kandidat Dr. Herbert Wille: Ein Regierungschef für alle Liechtensteiner

Sachlich in der Argumentation, kompetent in seinen Ausführungen, mutig in seinen Antworten auf die drängenden Fragen zur Bewältigung unserer Zukunft – so haben in den letzten Wochen und Monaten viele Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner den FBP-Kandidaten für das Amt des Regierungschefs, Dr. Herbert Wille, persönlich kennengelernt. Seine klare Aussage nach der mit einer überwältigenden und überzeugenden Stimmenmehrheit erfolgten Nomination am Sonderparteitag, dass er das Amt des Regierungschefs anstrebe und sich mit aller Kraft für die Erreichung dieses Ziels einsetze, wurde von Dr. Herbert Wille in seiner Vorstellungsrunde im Frühsommer in den einzelnen Ortsgruppen und im Spätherbst im Rahmen der Nominationsversammlungen für die Landtagskandidaten konsequent in die Tat umgesetzt.

In Ortsgruppenversammlungen, in Interviews und Zeitungsbeiträgen, in Ansprachen und persönlichen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürger hat Dr. Herbert Wille zu erkennen gegeben, dass er ein Regierungschef für alle Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner wäre, dass er sich für das Wohl des Staates und für die Gestaltung und die Erhaltung eines gesunden und starken Liechtensteins einsetzen werde. In seinen Ausführungen ist nicht Schönfärberei zum Ausdruck gekommen, sondern die sachliche Analyse der anstehenden Probleme und gleichzeitig auch die kompetente Antwort, wie diese Probleme für die Zukunft bewältigt werden könnten.

Dr. Herbert Wille verfügt durch sein Rechtsstudium und seine 15jährige Tätigkeit als Ressortsekretär der Regierung, in deren Verlaufe er praktisch alle Regierungsressorts von Grund auf kennenlernte, über das notwendige Fachwissen und die Kenntnisse, die es zur Leitung und Führung einer Regierung und eines Staatswesens braucht. Doch zeichnet ihn nicht nur das kompetente Fachwissen aus, sondern auch der Mut, mit dem er die Probleme und deren Lösungen angeht. «Wir brauchen Mandatare, die Führung und Verantwortung nicht scheuen», forderte Dr. Herbert Wille mit Blick auf die Zukunft und erwähnte, dass das heutige Erscheinungsbild unseres Staates von «Unruhe und Richtungslosigkeit geprägt» sei.



Dr. Herbert Wille, FBP-Kandidat für das Amt des Regierungschefs: «Wir brauchen Mut zu eigenständigen Lösungen. Aber vorausschauende Politik verlangt Führung.» (Bild: Eddy Risch)

Regieren heisst nach seinem Verständnis nicht reagieren und die Verantwortung auf andere abzuschieben, sondern vorausschauend, aktiv, mutig und eigenverantwortlich die Probleme zu bewältigen. «Wenn etwas im Interesse der Erhaltung unseres Lebensraumes und unseres Staates getan werden muss, so ist es notwendig, die diesem Ziel entgegenstehenden Hindernisse auf demokratischem Wege Schritt für Schritt auszuräumen.»

So wie die öffentliche Verantwortung jedes Einzelnen zunimmt, wie das Beispiel Umweltschutz anschaulich zeigt, muss nach Auffassung von Dr. Herbert Wille die Regierung wieder zu einer Autorität werden, müssen die politischen Mandatare ihre Entscheidungen wieder eigenverantwortlich treffen. «Denn wo neue und

eigenständige Lösungen nicht mehr entwickelt, verantwortet und mutig vertreten werden, kommt es zum Stillstand.»

Dr. Herbert Wille hat als FBP-Kandidat für das Amt des Regierungschefs seit seiner Nomination klare Vorstellungen über die künftige Politik in unserem Land, für die Bewältigung der Probleme und die Gestaltung der gemeinsamen Zukunft in unserem Land entwickelt. Er hat zu erkennen gegeben, dass er neben der sachlichen Kompetenz auch den Mut besitzt, nach eigenständigen Lösungen zu suchen, Probleme anzugehen, nicht vor sich herzuschieben. Er weiss, um was es geht: Es geht um Liechtenstein, um unser Land, um unsere Zukunft.

Eine ausführliche Vorstellung des FBP-Regierungschef-Kandidaten auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.

Benzinpreise geraten erneut ins Rutschen

Drei Rappen Verbilligung auf allen Produkten

Die Benzinpreise in der Schweiz und Liechtenstein sind erneut ins Rutschen geraten: Die meisten Mineralölgesellschaften senken die Preise aller drei Produkte ab heute Dienstag um drei Rappen, wie eine Umfrage vom Montag ergab. Grund für die vierte Verbilligung in Serie sind der schwache Dollarkurs sowie die rückläufigen Notierungen am Rotterdamer Spotmarkt. Die letzte Preissenkung datiert vom 10. Dezember 1985.

Die neuen Referenzpreise belaufen sich nun auf 1,20 Franken für einen Liter bleifreien Treibstoff, 1,25 Franken für einen Liter Superbenzin und 1,27 Franken für einen Liter für Diesel. An der Tanksäule können diese Preise aber bis zu zwölf Rappen unterboten werden.

Grund für die erneute Treibstoffverbilligung ist einerseits der Dollarkurs, der seit der letzten Preissenkung von 2,12 auf 2,08 Franken nachgab. Abgeschwächt haben sich aber auch die für den Benzinpreis wirksamen Notierungen am Rotterdamer Spotmarkt, und zwar um 15 Dollar je Tonne Benzin.

Mit der erneuten Senkung wird das Benzin zum vierten aufeinanderfolgenden Mal billiger.



Ortsgruppe

Gamprin

Morgen Mittwoch, den 8. Januar findet im Gasthaus Löwen in Bendern die FBP-Ortsgruppenversammlung statt. Man trifft sich zuerst um 19.30 Uhr zu einem Apéro, die Ortsgruppenversammlung beginnt um 20 Uhr.

Im Mittelpunkt der Ortsgruppenversammlung steht die Vorstellung der Landtagskandidaten des Wahlkreises Unterland und die Vorstellung des Gampriner Kandidaten Felix Hassler. Im weiteren wird der FBP-Kandidat für das Amt des Regierungschefs, Dr. Herbert Wille, einige Schwerpunkte des FBP-Programms 1986 beleuchten.

Bevor FBP-Präsident Dr. Herbert Batliner mit seinem Schlusswort den offiziellen Teil der Ortsgruppenversammlung schliesst, wird eine Information über den Wahlvorgang gegeben.

Die FBP-Ortsgruppe Gamprin lädt alle herzlich zum Besuch der Versammlung ein und hofft, dass möglichst viele bereits am Apéro teilnehmen werden.

Noch **26** Tage bis zur Wahl!

Gehört, gesehen, notiert

Als die Vaterländische Union am 23. September vergangenen Jahres an einem Parteitag bereits ihre neue «Regierungsmannschaft» in den Personen von Parteisekretär René Ritter, Mauren, und des Ersatzabgeordneten Dr. Peter Wolff, Schaan, nominieren liessen, waren nicht nur einige VU-Mitglieder sauer. Abgesehen davon, dass die Nomination angeblich keineswegs so fair und demokratisch abgelaufen war, wie man dies im «Vaterland» darstellte, hatte man im Volk den Eindruck, dass hier das Fell des Bären bereits verkauft wurde, ehe die Beute gemacht war.

Aber keine Angst. Die VU ist sich ihrer Mehrheit so sicher wie nie zuvor. So will sie nach eigenen Worten den «Wahlkampf aus einer Position der Stärke» heraus führen und ist ausserdem der Meinung, «4 Wochen genügen vollauf». Das Echo liess nicht lange auf sich warten. Noch am gleichen Tag wurde VU an einem Berger Stamm mit «Vaterländischer Untergang» übersetzt. Das Zitat stammt übrigens nicht von einem Schwarzen.

Magere Bilanz der VU – Zeit für die FBP!

Das Volk muss wieder vermehrt mitentscheiden und mitgestalten können

Die Vaterländische Union (VU) ist 1978 mit einem Programm angetreten, das mehr Eigenständigkeit, eine gerechtere Verteilung der Lasten, die Sicherung der Arbeitsplätze, den Kampf gegen den Bürokratismus sowie eine ehrliche Informationspolitik versprach. Vier Jahre später, als diese Schwerpunkte des Programms 78 teilweise gar nicht, teilweise nur in Ansätzen verwirklicht waren, hiess es bereits: «Weiter auf dem liechtensteinischen Weg». Und nun, vor der nächsten Wahl, wird mit dem Slogan «So soll es bleiben» der Eindruck zu erwecken versucht, als ob alles bereits verwirklicht wäre, was die VU in drei Wahlkämpfen alles versprochen hat. Doch wie steht es tatsächlich mit der Einlösung der grossen Versprechungen?

Die Bilanz der VU nach acht Jahren der Mehrheit in unserem Land erscheint weniger strahlend, wenn mit der Wirklichkeit verglichen wird, als die VU-Propaganda vor dem Wahlgang 1986 den Bürgerinnen und Bürgern weiszumachen versucht. Die Politik der Eigenständigkeit beschränkte sich auf die teilweise Suspendierung der Freizügigkeit mit der Schweiz, was zur Folge hat, dass liechtensteinische Bürgerinnen und Bürger immer wieder vor Barrieren stehen, die es vorher nicht gegeben hat. Die Reisen des Regierungschefs nach Costa Rica, Deutschland und England haben nichts Wesentliches zu unserer Eigenständigkeit

beitragen, da hierzu die Weichen schon früher – unter FBP-Mehrheit – gestellt wurden.

Immer nur Versprechungen

Auf die gerechte Verteilung der Lasten, also auf das neue Steuergesetz, wartet das Volk schon seit Jahren, begleitet von immer neuen Versprechungen, die Vorlage an den Landtag werde in den nächsten Wochen oder Monaten vorliegen. Im Wahlkampf 1978 hat die VU versprochen, ein ausgewogenes Steuergesetz zu schaffen, diskriminierende Steuern abzuschaffen und überhöhte Gebühren herabzusetzen sowie das Subventionswesen zu revidieren.

Und in Wirklichkeit? Auf das neue Steuergesetz muss weiter gewartet und gehofft werden, der Ausgleich der «kalten Progression» war ein Werk der FBP-Fraktion im Landtag und von einer Revision des Subventionswesens spricht die VU schon gar nicht mehr.

«Mutige Ziele» – aber keine Ergebnisse

Noch weiter zurück gehen die Versprechungen und Ankündigungen in Sachen «betriebliche Vorsorge». Unter dem Slogan «Mutige Ziele» verkündete die VU 1974: «Die AHV und die betriebliche Vorsorge sollen im Alter ein rechtes Einkommen sichern. AHV und betriebliche Vorsorge sinnvoll abzustimmen, ist eine der grossen Aufgaben der kommenden Jahre.» Im Wahlkampf 1978 hiess es dann

wieder, die VU setze sich für den weiteren Ausbau der Altersvorsorge durch Förderung der betrieblichen Vorsorge ein. Davon ist man heute noch meilenweit entfernt, denn die VU musste in der letzten Landtagssitzung vor Weihnachten eingestehen, dass sich nicht einmal der Risikoteil jetzt verwirklichen lasse, die Altersvorsorge über die 2. Säule in den nächsten Jahren noch nicht spruchreif sei. Die Landtagskommission, die trotz heftiger Gegenwehr der VU eingesetzt worden war, hat nach Feststellung erheblicher Mängel der Regierungsvorlage einen Zwischenbericht abgeliefert – der nächste Landtag muss sich weiter damit auseinandersetzen.

Politik der Worte

Die Union hat in den letzten acht Jahren ihrer Mehrheit den Eindruck erweckt, als ob mit Worten und Proklamationen ein Programm in die Tat umgesetzt werden könnte. Politik, das hiess für die VU, den Anschein erwecken, es werde gearbeitet – und ersetzen der Arbeit durch die Ankündigung, es werde gearbeitet. Natürlich wurde auch gearbeitet, verwaltet und verteilt, doch eine Politik im Sinne des konstruktiven Gestaltens, des Gestaltens für die Zukunft hat es nicht oder nur in Ansätzen gegeben.

Keine Perspektiven für die Zukunft

Wo sind die Perspektiven für die Zukunft? Wo sind die Schwerpunkte eines

Parteiprogramms, das in die Zukunft weist? Die Perspektiven zur Bewältigung der Fragen in der Zukunft fehlen, an die Stelle der Perspektiven ist das Festhalten am bisher Erreichten, für das die VU nicht einmal die Weichen gestellt hat, getreten.

Die Bilanz der achtjährigen VU-Politik ist mager. Das Volk ist vom Entscheidungsprozess weitgehend ausgeschaltet worden. Die Entscheidungsträger sitzen weit oben in der VU-Zentrale, die alles zu verhindern suchen, was nicht zu ihren Richtlinien passt: Die Verstärkung des Parlaments wurde verhindert durch eine Gegeninitiative, die Initiative «Gleiche Rechte» durch einen verfassungswidrigen Gegenvorschlag torpediert, dafür aber die Neuwahl des Staatsgerichtshofes erzwungen, was den grössten politischen Skandal in der Geschichte unseres Landes auslöste.

Es ist Zeit für einen Neubeginn in der liechtensteinischen Politik. Zeit für die FBP!

